

„Zeichen sollten weiter auf Grün stehen“

SPD wirft GFL in Sachen Kraftwerk Behauptungen wider besseren Wissens vor

Lünen ■ „Lünen hat keinen Handlungsbedarf und keine Handlungsmöglichkeit, was einen von der GFL befürworteten Projektausstieg bei Trianel betrifft. Wer wider besseren Wissens anderes behauptet, fügt der Stadt sehr hohen wirtschaftlichen Schaden zu.“

Das erklärten **Bernd Köster** (Foto 1) und **Jochen Otto** (Foto 2) als Sprecher des SPD-Stadtverbandes und der SPD-Fraktion und antworten damit auf eine Stellungnahme der Wählergemeinschaft GFL (Gemeinsam für Lünen).

Wenn sich jetzt heraus kristallisiert, dass eines der Kraftwerksprojekte (Evonik Herne) nicht weiter verfolgt

wird, hängt dies aus Sicht der SPD mit Marktbedingungen zusammen, die der Betreiber falsch kalkuliert hat.

Ansonsten gebe es nichts Neues, weshalb die Zeichen in Lünen auch weiterhin auf „Grün“ stehen sollten, was das Trianel-Vorhaben betrifft. Auf „Rot“ umzuschalten wäre nach der vorausgegangen Entwicklung auch gar nicht möglich, so die SPD: „Nach der einstimmigen Entscheidung im Rat, Trianel das Grundstück im Stummhafen für den Bau ei-



nes Steinkohlekraftwerks zu verkaufen, würde ein Rücktritt von den Verträgen Schadenersatzforderungen auslösen, die dann tatsächlich zu enormen wirtschaftlichen Schäden führen würden.“ Anders als von der GFL behauptet werde der Haushalt der

Stadt Lünen durch die in der ausschließlichen Verantwortung der Trianel-Gesellschaft liegenden internen Kalkulationen nicht berührt. Abgesehen davon gebe es bei diesem Projekt keinerlei Anhaltspunkte für die von der GFL



behaupteten Marktrisiken. Entweder habe die GFL übersehen oder verschweige bewusst, dass Trianel einen Anstieg der Investitionskosten durch einen Vertrag über die schlüsselfertige Erstellung eines Steinkohlekraftwerks in Lünen ausgeschlossen habe. „Auch was die Kosten für CO₂-Zertifikate und Kohlelieferungen betrifft, darf doch niemand ernsthaft annehmen, dass diese Entwicklungen nicht fester Bestandteil der Kalkulationen von Trianel seien“, so Köster und Otto. Wer mit unhaltbaren Spekulationen auf Stimmenfang gehe, hinterlasse keinen seriösen Eindruck. Das sehe nach Populismus aus.